

Aus der Sitzung des Gemeinderates vom 20.06.2023

Bürgermeister Habakuk eröffnete den öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Des Weiteren begrüßte er Herrn Frey und Herrn Schlund von der Netze BW zu TOP 2 und Herrn Ruoff von Ruoff Architekten BDA zu TOP 7.

TOP 1 Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Bürgermeister Habakuk gab die in der letzten Gemeinderatssitzung nicht öffentlichen gefassten Beschlüsse bekannt. Er erläuterte, dass es bei der Vergabe für die Fassadenarbeiten im Wurzelkindergarten aufgrund von der Einhaltung zeitlicher Fristen eine erneute Vergabe der Fassadenarbeiten durchgeführt werden musste. Das Gewerk wurde an die Firma Holzbau Frank Schmid vergeben. Des Weiteren gab er bekannt, dass für die Kernzeitbetreuung und für das Jugendhaus die neue Stelle eines Jugend- und Heimerziehers geschaffen wurde, um den pädagogischen Bereich weiter zu stärken. Zudem berichtete er, dass der Kauf von Grundstücken beschlossen wurde, die derzeit noch nicht vollzogen sind. Weiter wurde die Niederschlagung öffentlich-rechtlicher Forderungen beschlossen.

Bürgermeister Habakuk gab bekannt, dass der TA und der VSA am 27.06.23 nicht stattfinden werden.

Ortsbauamtsleiterin Fritsch berichtete den aktuellen Stand beim Jugendhaus. Sie erläuterte, dass weitere Abstimmungsgespräche stattgefunden haben und auch das Projekt der Außenanlagen dieses Jahr noch abgeschlossen werden soll und man jetzt in die Ausschreibung gehen werde. Weiter fügte Sie hinzu, dass bei dem Projekt schon so viel Zeit verstrichen sei und man nicht verantworten könne den Bau noch länger zu ziehen.

TOP 2 Die Netze BW wird zur aktuellen Situation in Steinenbronn berichten

Bürgermeister Habakuk begrüßte Herrn Frey und Herrn Schlund von der Netze BW und übergab ihnen das Wort.

Herr Schlund begrüßte die Anwesenden sehr herzlich und stellte seine Agenda vor. Er berichtete anhand seiner Präsentation über die aktuelle Energie Situation in Steinenbronn und gab einige Einblicke wie es in Zukunft weitergehen könne.

Bürgermeister Habakuk bedankte sich bei Herrn Schlund und Herrn Frey für die Präsentation und erwähnte die positive Zusammenarbeit mit der Netze BW. Er fügte hinzu, dass vor Aufriss Arbeiten immer Begehungen stattfinden um Flickenteppiche zu vermeiden.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde gefragt, welche Gesamtleistung in Steinenbronn zur Verfügung stehe und ob das bestehende Gasleitungsnetz auch für Wasserstoff geeignet sei.

Herr Frey antwortete, dass es mehrere Zuleitungen nach Schönaich gebe und hier immer eine Leitung zu viel vorhanden sei um genügend Reserven zu haben. Er fügte hinzu, dass das Netz über die Jahre immer weiterwachse und der Ausbau nach Bedarf erfolge. Er betonte, dass für extrem Wetterereignisse ein Krisenmanagement eingeführt wurde und man auch für Sabotagen vorbereitet sei.

Zur Geeignetheit des Gasleitungsnetzes mit Wasserstoff antwortete er, dass die Technik konkret dafür passen würde nur einzelne Bauteile noch ausgetauscht werden müssten. Er fügte hinzu, dass nicht alle Häuser für Wärmepumpen geeignet seien.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde gefragt, ob man mit der PV Anlage Strom ins Stromnetz einspeisen sowie den Eigenbedarf abnehmen könne und wenn ja ob es hier eine Obergrenze gebe oder frei produziert werden könne.

Herr Frey antwortete, dass man so viel verbrauche wie man benötige und der Rest dann ins Stromnetz eingespeist werde. Er fügte hinzu, dass es auch kein Flächenlimit gebe, hier sich aber die Frage der Wirtschaftlichkeit auf tue.

Bürgermeister Habakuk bedankte sich bei Herrn Frey und Herrn Schlund für den interessanten Vortrag.

TOP 3 Nutzungskonzept für das Wohngebäude Schafgartenstraße 3 in 71144 Steinenbronn - Festlegung des öffentlichen Zweckes

Bürgermeister Habakuk verwies auf die Sitzungsvorlage und stellte dem Gremium die Vorschläge der Verwaltung vor. Er fügte hinzu, dass man sich ganz klar für die Sanierung ausgesprochen habe und nun gemeinsam über die Vorschläge diskutiert werden könne.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde erwähnt, dass bei der letzten Sanierung 2/3 bezuschusst wurden und wir 1/3 selbst bezahlt haben. Zudem wurde geäußert, dass sich das Gebäude sehr gut in die Umgebung einfüge und auch vor Witterungen sehr gut geschützt sei.

Bürgermeister Habakuk wies nochmal auf das Förderprogramm mit der Nutzungsfestlegung hin und fügte hinzu, dass man aufgrund des Haushaltsbeschlusses für 2022/2023 in Verbindung mit der Genehmigung zur Aufnahme in das Landessanierungsprogramm sich verpflichtet habe, die Sanierung für den öffentlichen Zweck durchzuführen. Er betonte, dass die Gelder nicht anderweitig ausgegeben werden können und eine Verschiebung seitens der Verwaltung nicht befürwortet werden könne.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde hinzugefügt, dass das LRA wisse, dass wir aktuell knapp bei Kasse seien und somit das Geld sinnvoller eingesetzt werden müsse. Es wurde gefragt, was das LRA sage, wenn wir für Flüchtlinge 1,7 Mio. € ausgeben.

Bürgermeister Habakuk wies erneut darauf hin, dass man in diesem Zusammenhang von bereits zugewiesenen Fördermitteln spreche und wenn der GR keine öffentliche Nutzung beschließe, dass es dann passieren könne, dass die

Fördermittel zurückgezahlt werden müssen. Er antwortete weiter, dass Gelder für die Schafgartenstr. 3 im aktuellen Haushalt eingeplant seien. Er betonte, dass das LRA wisse, dass wir aktuell finanzschwach seien. Des Weiteren sagte er, dass für die Flüchtlingsunterbringung auch ein Budget eingeplant sei und man versuche, sich bei allen Maßnahmen in den Grenzen des Haushalts zu bewegen.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde gefragt, was passiere, wenn wir nein sagen würden und wie viel Geld zurückgezahlt werden müsste. Des Weiteren wurde geäußert, dass die dargestellte Wendeltreppe nicht zu dem Gebäude passe.

Bürgermeister Habakuk antwortete, dass wir zur Zustimmung für die Aufnahme in das Landessanierungsprogramm bei der Rechtsaufsichtsbehörde eine Verpflichtung eingegangen seien. Die finanziellen Folgen, welche sich daraus resultieren, könne aktuell nicht gesagt werden.

Ortsbauamtsleiterin Fritsch ergänzte, dass wir bei der Schafgartenstraße 3 eine Verpflichtung haben und es sich um keine Verhandlung handele.

Bürgermeister Habakuk, erklärte dem Gremium, dass die Wendeltreppe nicht realisiert werden müsse und dies nur visuell dargestellt werden wollte um Möglichkeiten aufzuzeigen. Er erwähnte nochmal, dass es aktuell um das Nutzungskonzept gehe und nicht um die Wendeltreppe. Dieses Thema würde erst später in der Vergabe kommen. Er fügte hinzu, dass ein Archiv aus statischen Gründen nicht realistisch sei aber der Gemeinderat entscheiden könne, welche Nutzung das Gebäude in Zukunft haben solle. Die Vorschläge der Verwaltung dienen lediglich zur Entscheidungsfindung eines Konzeptes und keiner konkreten Vergabe.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde geäußert, dass 420.000 € eine Menge Geld seien und man das nicht verantworten könne. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass die zukünftige Nutzung auch dem Denkmalschutz entsprechen müsse. Es wurde nachgefragt, ob das Dach dem Denkmalschutz entspreche.

Bürgermeister Habakuk antwortete, dass er die Frage zurückstelle. Er betonte nochmals, dass die Entscheidung der öffentlichen Nutzung sowie die Höhe des Betrages mehrheitlich in einer Gemeinderatssitzung beschlossen wurde und wir zur Einhaltung des Denkmalschutzes verpflichtet seien.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde gefragt, was es kosten würde, wenn wir jetzt abrechnen würden. Weiter wurde hinzugefügt, dass zum Zeitpunkt des Beschlusses die Umstände noch andere waren. Zudem wird der Nutzen als nicht sinnvoll erachtet.

Bürgermeister Habakuk schlug dem Gremium vor, gerne Vorschläge für die öffentliche Nutzung miteinzubringen.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde empfohlen den Tagesordnungspunkt zurückzustellen.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde geäußert, dass viele Argumente gegen die Vorschläge sprechen, da auch die finanzielle Lage der Gemeinde nicht gut sei. Weiter wurde erwähnt, dass auch eine Entlastung für das Rathaus erkannt wurde, da auch immer mehr Personal eingestellt und der Platz immer knapper werde. Die

Möglichkeit eines Archives wird auch nicht für abwegig gehalten, da dies eine gute Unterbringung für wertvolle Bücher wäre aber dies aus statischen Gründen nicht möglich sei. Zudem wurde erwähnt, dass man sich durch die provokante Wendeltreppe nicht ernst genommen fühle und hier eine bescheidenere Lösung gefunden werden müsse. Auch, dass man hier nicht Architekten beauftragen sollte, welche sich dann künstlerisch austoben. Aus diesem Grund sollten Grenzen festgesetzt werden.

Bürgermeister Habakuk antwortete, dass er den Vorschlag mitaufnehmen werde. Er stimme zu, dass man ein einfaches Nutzungskonzept für die Schafgartenstraße 3 benötige. Er erwähnte, dass bei der visuellen Darstellung der Wendeltreppe nicht die Ernsthaftigkeit in Frage gestellt werde, sondern es sich nur um eine Sachdiskussion handele. Weiter äußerte er, dass das Nutzungskonzept auch für die interkommunale Zusammenarbeit genutzt werden könne. Der Beschlussvorschlag sei so geplant, dass man am untersten Limit der Einfachheit sei und nur geringe Maßnahmen geplant werden sollen.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde geäußert, dass man aktuell sehr verärgert sei, da man sich an die Sitzung erinnere bei der man ausgesprochen habe genau diese Nutzungen nicht zu nehmen und in der heutigen Sitzungsvorlage genau dieselben Punkte wie damals aufgenommen wurden. Des Weiteren werden die 420.000 € für nicht realistisch erachtete und aus diesem Grund könne dem Nutzungskonzept nicht zugestimmt werden.

Bürgermeister Habakuk verwies auf das Protokoll in welcher die Ortsmitte III behandelt wurde. Weiter antwortete er, dass es sich bei der heutigen Sitzungsvorlage um eine neue Vorlage handele und man grade prüfe welche Punkte damals beschlossen wurden. Er fügte hinzu, dass unser Auftrag jetzt sei, die Mittel einzuplanen und ein Konzept zu beschließen. Die dargestellten Nutzungen seien aktuell nur Einzelmaßnahmen und das Konzept könne angepasst werden um auch günstiger zu werden.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde erwähnt, dass aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen und aufgrund der Raumhöhe, Arbeitsräume als Nutzung nicht machbar seien. Weiter sprach man sich auch gegen Fraktionszimmer aus. Zudem wurde angemerkt, dass aufgrund von Einhaltung der Barrierefreiheit Toiletten nicht im Untergeschoss platziert werden können. Auch wären Büroräume im Dachgeschoss, aufgrund von nicht vorhandenen Fenstern, keine Lösung. Des Weiteren wurde gefragt, was passieren würde, wenn wir den Tagesordnungspunkt vertragen und ob eine vor Ort Begehung möglich wäre.

Bürgermeister Habakuk antwortete, dass es hier keinen Druck geben würde und falls man sich nochmal über das Nutzungskonzept Gedanken machen möchte und anschließend in den Austausch gehe, dies in Ordnung sei. Er könne dem gestellten Antrag folgen und fragte das Gremium wie es denn gewünscht sei.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde geäußert, dass man überlegen müsse welche Nutzung möglich wäre. Weiter wurde hinzugefügt, dass wenn man schon von Raumlasten spreche ein Traumzimmer vollkommen obsolet sei.

Bürgermeister Habakuk gab bekannt, dass der Gemeinderat das Gebäude gerne besichtigen und der Schlüssel zu den Dienstzeiten im Ortsbauamt abgeholt werden kann. Des Weiteren findet eine gemeinsame Begehung statt. Weiter teilte er dem Gremium mit, dass der Tagesordnungspunkt vertagt werde.

TOP 4 Antrag auf Abweichung/ Ausnahme/ Befreiung Errichtung einer Zufahrt, Flst.-Nr. 750/2, Schönaicher Straße in 71144 Steinenbronn

GR Hauser erklärte sich für befangen und verlas den Sitzungssaal.

Bürgermeister Habakuk erläuterte die Sitzungsvorlage.

Daraufhin wurde der Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen:

1. Das nach § 31 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. § 36 Abs. 1 BauGB erforderliche bauplanungsrechtliche Einvernehmen der Gemeinde zu der beantragten Befreiung bezüglich der Errichtung einer Zufahrt über das öffentliche Verkehrsgrün wird erteilt.
2. Des Weiteren beschließt der Gemeinderat, dass für die Überfahrt der hierfür benötigte Teilbereich aus dem maßgeblichen Bebauungsplan „Schönaicher Straße“ in eine öffentliche Verkehrsfläche umgewandelt wird.
3. Die Errichtung der Zufahrt hat der Bauherr in Abstimmung mit der Gemeinde auf eigene Kosten herzustellen und zu unterhalten.

GR Hauser nahm wieder am Sitzungstisch Platz.

TOP 5 Antrag auf Baugenehmigung im vereinfachten Verfahren (§ 52 LBO) Errichtung eines Carports, Flst.-Nr. 3112/3, Sindelfinger Straße 9/1 in 71144 Steinenbronn

GR Kißling erklärte sich für befangen und nahm im Zuschauerraum Platz.

Bürgermeister Habakuk erläuterte die Sitzungsvorlage und teilte dem Gremium mit, dass der Beschlussvorschlag abgeändert werde.

Daraufhin wurde der Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen:

Das nach § 36 i.V.m. § 34 BauGB erforderliche bauplanungsrechtliche Einvernehmen der Gemeinde für die Errichtung des Carports wird unter der Voraussetzung erteilt, dass der Bauherr seine Pläne dementsprechend abändert.

GR Kißling nahm wieder am Sitzungstisch Platz.

TOP 6 Antrag auf Baugenehmigung im vereinfachten Verfahren (§ 52 LBO) Einrichtung einer PV-Anlage, Flst. 2603/1 und 2603/8, Gottlieb-Daimler-Straße 2 in 71144 Steinenbronn

Bürgermeister Habakuk erläuterte den Sachverhalt.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde gefragt, ob solche Themen dem Gemeinderat mitgeteilt werden müssen.

Ortsbauamtsleiterin Fritsch antwortete, dass hierfür ein Bauantrag benötigt werde der nur Ordnungsrechtlich vom Landratsamt ohne das Einvernehmen durch den Gemeinderat beschieden wird.

Daraufhin wurde die Kenntnisnahme festgestellt:

Der Gemeinderat nimmt die geplante Errichtung einer PV-Anlage zur Kenntnis.

TOP 7 Erweiterung des Wurzelkindergartens - Vergabe Landschaftsbauarbeiten

Bürgermeister Habakuk teilte dem Gremium mit, dass sich in der Sitzungsvorlage des Grundsatzbeschlusses ein kleiner Fehler der veranlagten Kosten eingeschlichen habe. Man sei derzeit bei allen Vergaben formal über 2,4 Mio €. Dies ist aber aus haushälterische Sicht durch den Übergang der Haushaltsjahre 2021 auf den DHH 2022/23 und zu begründen. Es wurde ausführlich über die Aufstellung der Kosten berichtet und plausibel die Einhaltung der Kosten transparent erläutert. Er äußerte, dass es auch aufgrund von gestiegenen Kosten zu überplanmäßigen Ausgaben kam. Bei einigen Gewerken allerdings auch eingespart wurde. Weiter berichtete er, dass vielerlei Umstände negativ dazu beigetragen haben und ohne diese Umstände wir bei den geplanten Kosten geblieben wären. Er teilte mit, dass das Ziel weiterhin sein sollte pünktlich mit den Arbeiten fertig zu sein. Weiter betonte er, dass wir uns aufgrund von eingeplanten Deckungsmöglichkeiten immer noch im Kostenrahmen befänden.

Herr Ruoff erläuterte den baulichen Sachstand und berichtete, dass man mit den noch restlichen Ausschreibungen fertig sei. Er gab bekannt, dass nächste Woche noch Abstimmungsgespräche mit den Dachdeckern und der Firma für die Fassadenarbeiten geführt werden.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde gefragt, ob ein Steinenbronner Unternehmen ein Angebot abgegeben habe.

Herr Ruoff antwortete, dass zwei Angebote eingegangen seien aber keines von einem Steinenbronner Unternehmen war.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde erwähnt, dass die Bepflanzung sehr kritisch gesehen werde, da es mit dem Pflanzen und Ansäen nicht getan sei. Es müsse auch gegossen werden. Weiter wurde vorgeschlagen, dass dies der Bauhof übernehmen könnte.

Herr Ruoff dankte für den Hinweis und werde dies nach Möglichkeit berücksichtigen.

Daraufhin wurde der Beschlussvorschlag mehrheitlich beschlossen:

1. Das Gewerk Landschaftsbauarbeiten wird mit einer Vergabesumme von 87.617,90 € brutto an die Firma Garcke GmbH, Freiburger Straße 3 in 74379 Ingersheim vergeben.
2. Der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 95.187,05 € wird zugestimmt.
3. Der unten aufgeführten Deckung zu Ziffer 2 wird zugestimmt.

TOP 8 Unterbringungssituation für geflüchtete Menschen in der Gemeinde Steinenbronn

Bürgermeister Habakuk erläuterte die Sitzungsvorlage und fügte hinzu, dass man aktuell in sehr engem Austausch mit dem Landratsamt und anderen Kommunen sei, um einen Fahrplan aufzustellen. Er erwähnte, dass aus finanzieller Sicht 600.000 € im Haushalt eingeplant seien. Weiter teilte er mit, dass man Grundstücke eruiert bzw. erworben habe und nun eben geschaut werden müsse, welche Möglichkeiten man habe und was umgesetzt werden könne. Er äußerte, dass es die Möglichkeit gebe, dass die Verwaltung den Auftrag bekomme um mit den vorhandenen Haushaltsmitteln, in Höhe von 600.000 €, eine mobile Bauweise zu beschaffen. Er fügte hinzu, dass ihm bewusst sei, dass gemäß Satzung den 600.000 € vom Gremium zugestimmt werden müsse aber aus Dringlichkeitsgründen dazu plädiere der Verwaltung zu vertrauen um flexibler handeln zu können.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde mitgeteilt, dass man dem Vorschlag der Verwaltung folgen könne und man sich auch für eine mobile Bauweise ausspreche.

Hauptamtsleiter Bohn erwähnte, dass man bei Inanspruchnahme der Förderungen vom Land in die falsche Richtung gehe, da man dann in eine Höhe komme, die nicht mehr finanzierbar sei. Des Weiteren könne die Firma den Anforderungen von 20 Jahren nicht gerecht werden. Er betonte, dass man schauen müsse, dass man mit dem verfügbaren Budget zurechtkomme.

Daraufhin wurde der Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen:

1. Die Verwaltung erhält im Rahmen des finanziell vorhandenen Budgets aufgrund der Dringlichkeit den Auftrag zur Beschaffung von Unterbringungsmöglichkeiten in Systembauweise (Module oder Container).
2. Der GR-Beschluss vom 09.05.2023 zum Erwerb eines Grundstücks (143.920 EUR zzgl. Grunderwerbssteuer und Nebenkosten) wird insoweit nachträglich geändert, dass die Deckung über das Produktsachkonto 11.33.0100 (Abwicklung von Grundstücksgeschäften) erfolgt, nicht über das Produktsachkonto 31.40.0700 Bau von Flüchtlingsunterbringung.
3. Es muss die wirtschaftlichste Lösung beauftragt werden, die die vorhandenen Haushaltsmittel in Höhe von 600.000 EUR nicht übersteigt und möglichst nachhaltig für die Gemeinde Nutzen erbringt.
4. Der Gemeinderat ist über die weiteren Schritte zu informieren. Sollte der Kostenrahmen innerhalb des Budgets nicht eingehalten werden können, ist eine erneute Beschlussfassung im Gemeinderat notwendig.

TOP 9 Fortführung der bisherigen Koordinationsstelle in Vollzeit, unbefristet

Bürgermeister Habakuk erläuterte den Sachverhalt und verwies auf die Vorberatung im VSA. Er fügte hinzu, dass man auch die Forderungen des Gemeinderates berücksichtigt habe. Die Stelle werde einen absoluten Mehrwert bieten und auch zukunftsorientiert sein, gerade mit Hinblick auf den Fachkräftemangel. Er teilte weiter mit, dass eine Stellungnahme des Personalrats vorliege und auch dieser die Notwendigkeit der Stelle nochmal verdeutlichte.

Hauptamtsleiter Bohn ergänzte, dass man auch auf die Wünsche und den Bedarf der Einrichtungsleitungen eingegangen sei. Diese Punkte wurden bei der Erstellung der Stellenbeschreibung berücksichtigt.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde geäußert, dass man froh sei, dass die Verwaltung dem Inhalt nachgegangen sei. Man verstehe allerdings nicht ganz, dass man eigentlich von einer 80% Stelle und einer 20% Stelle ausging und die jetzige Stelle 100% beinhalte. Die Stellenanzeige wurde für sehr gelungen gehalten und man sprach großes Lob an die jetzige Stelleninhaberin aus. Weiter empfand man es als sehr gut, dass die Arbeit des Personalrates gewürdigt wurde. Es stellte sich die Frage, wie eine Situationsabfrage nach einem Jahr stattfinden solle.

Bürgermeister Habakuk antwortete, dass der Personalrat eine Mitarbeiterabfragung angeregt habe, der man nachkommen werde.

Daraufhin wurde der Beschlussvorschlag mehrheitlich beschlossen:

Die befristete 80%-Koordinierungsstelle wird ab sofort unbefristet in Vollzeit fortgeführt. Der Sperrvermerk im Stellenplan wird aufgehoben.

TOP 10 Anfragen von Gemeinderäten

Bürgermeister Habakuk beantwortete die Anfragen aus der letzten Gemeinderatssitzung. Zu den Bauarbeiten in der Petersackerstraße berichtete er, dass es sich um eine Störungsbeseitigung der Vodafone handele und um Gartenausgrabungen. Er gab bekannt, dass die Arbeiten bis Ende Juni beendet sein sollen.

Zur Anfrage zwecks den Sitzen an der Bushaltestelle Im Alten See berichtete er, dass dies aufgrund von der Einhaltung der Barrierefreiheit nicht realisiert werden könne.

Weiter wurde die Frage betreffend eingelegter Werbung im Amtsblatt dahingehend beantwortet, dass diese seitens des Nussbaumverlags eingelegt werde.

GR Menzel fragte an, ob man an dem jetzt angelegten Baumgrab heimisches Gewächs anpflanzen könnte, da sich Bürgerinnen und Bürger über das aktuell exotische Gewächs beschwerten.

Hauptamtsleiter Bohn antwortete, dass der neu eingepflanzte Baum nun besser geeignet sei. Er fügte hinzu, dass beim vorherigen Baum der Untergrund nicht gut vorbereitet war und der Baum zu wenig Wurzeln hatte. Jetzt werde ein neuer Herz Baum hineinkommen.

GR Menzel fragte zudem an, warum in den Protokollen keine Namen von den Gemeinderäten mehr genannt werden

Bürgermeister Habakuk antwortete, dass es hierfür einen Beschluss gebe und dies so lang fortgeführt werde, bis ein neuer Beschluss gefasst werde.

GR Menzel bittet dies mitaufzunehmen.

GR Hauser fragte nach, ob das Beachvolleyballnetz ausgebessert werden könne.

GR Elsässer teilte dem Gremium mit, dass man die Bürgerinnen und Bürger aufgrund der derzeitigen Hitze, auf erhöhte Waldbrandgefahr hinweisen solle. Weiter plädierte er dazu, dass gemähte Grass nicht liegen zu lassen.

Bürgermeister Habakuk antwortete, dass dies aufgenommen werde.

GRin Obst bittet darum, dass den Bürgerinnen und Bürgern mitgeteilt werden soll, keine Kanister mit Wasser aus dem Jakobsbrunnen zu entnehmen. Man solle verstärkt darauf aufmerksam machen eigene Reservate auf dem Grundstück anzulegen.

Bürgermeister Habakuk antwortete, dass dieser Punkt aufgenommen werde.

GR Schweizer teilte dem Gremium mit, dass am Ende der Sonnenhalde aktuell Wohnraum geschaffen werde und LKWs dort verkehren. Er fragte nach, wie es mit einem Beweissicherungsverfahren aussehe.

Bürgermeister Habakuk antwortete, dass dies bekannt sei und auch schon die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet wurden.

TOP 11 Ehrung von Herrn GR Giovanni Sena für 10 Jahre Gemeinderatstätigkeit

Bürgermeister Habakuk beglückwünschte GR Sena und überreichte ihm eine Ehrenurkunde für sein zehnjähriges Jubiläum im Gemeinderat.

Anschließend beglückwünschte auch GRin Obst GR Sena und bedankte sich für die tolle Zusammenarbeit.